Mittwoch, 13. Oktober 2021, 16:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Der Klassenkrieg

Die Armut in Deutschland führt in jedem Jahr zu vorzeitigen Todesfällen in sechsstelliger Zahl — global gesehen, sind es weitaus mehr, für die unser Land mitverantwortlich ist.

von Carl Rheinländer
Foto: Suzanne Tucker/Shutterstock.com

Keines der in den letzten anderthalb Jahren aufgestellten Narrative aus Politik und Standardmedien steht auf so wackligen Füßen wie der missbrauchte Solidaritätsbegriff. Seine eigentliche

Bedeutung wurde kurzerhand auf die folgsame Akzeptanz verordneter Coronamaßnahmen reduziert. Trotzdem kann seine willkürliche Überstellung in den Dienst der Coronapolitik nicht verschleiern, dass die Solidaritätsverweigerung gegenüber gesellschaftlichen Randgruppen unvermindert fortbesteht, dass sie von der gleichen Politik und unterstützt von den gleichen Medien aktiv betrieben wird. Ein wichtiger Teil der linken, rechtsstaatlich begründeten Kritik an der Coronapolitik müsste an diese diskriminierten Menschen erinnern und jetzt erst recht konsequente Solidarität mit ihnen einfordern. Eine große Gruppe dieser staatlich Diskriminierten bilden die als arm geltenden Menschen in Deutschland. Deren dauerhaft problematische Existenzbasis setzt ihrem Leben weit vor der durchschnittlichen Lebenserwartung ein Ende. Noch schlimmer sieht es mit der Armut und deren Ursachen auf internationaler Ebene aus.

Der Begriff Klassismus (https://de.wikipedia.org/wiki/Klassismus) bezeichnet die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und/oder der sozialen und ökonomischen Position. Klassismus ist der versteckte große Bruder des Rassismus oder, wie der US-Ökonom Chuck Baron sagte, der „arme Vetter der Diskriminierungsformen“. In Deutschland ist der Begriff bislang wenig gebräuchlich, was wohl hauptsächlich daran liegen mag, dass alle politischen Strömungen den Unterschied zwischen Arm und Reich immer noch als eine Art natürlichen Zustand ansehen, der sich nicht ändern lässt.

Statt die Existenz stabiler Armut auf breiter Basis in der Gesellschaft

als eindeutigen Beweis dafür anzuerkennen, dass das herrschende Wirtschaftssystems als Modell zur solidarisch ausgewogenen Versorgung dieser Gesellschaft völlig untauglich ist, werfen strukturkonservative und wirtschaftsliberale Politiker den Diskriminierten noch vor, selbst für ihr Schicksal verantwortlich zu sein.

Auch aufseiten der politisch Linken in den Parlamenten ist der Klassismus allenfalls ein Pflichtthema in Überschriften ohne schlüssige Konzeption und zielorientierte Absicht, für das man nun einmal die Kernkompetenz beansprucht, aus welcher jedoch selten Schlaueres herauskommt als Forderungen nach mehr Geld für die Betroffenen.

Unter den gesetzten linken Intellektuellen und studierten Linksliberalen redet man über die Gründe von Armut nicht gerne, weil die betroffenen Menschen in der eigenen Klasse so gut wie nicht vorkommen, weil man über die tatsächlichen Alltagszustände „da unten“ gar nicht Bescheid weiß und weil man die Leute dort überdies verdächtigt, Rechtspopulisten zugeneigt zu sein. Diese Zuneigung mag bei einigen sogar stimmen, jedoch besteht sie wohl deshalb, weil Angehörige von klassistisch benachteiligten Schichten sich in keiner öffentlich wahrnehmbaren politischen Gruppierung wirklich beheimatet finden. Sie wählen, wenn überhaupt, rechte Parteien nur aus einer Täuschung heraus, denn eine Partei, so meinen sie als gesellschaftlich „Ausgestoßene“, die sich ebenfalls als ausgestoßen inszeniert, könnte ihre Interessen vertreten.

> ***Bei genauerem Hinsehen ist ihre eventuelle Neigung nach rechts vor allem auf das Versagen der Linken zurückzuführen.***

Von der Linkspartei über die SPD bis hin zu Grünlinken und Linksliberalen ist man weit von Vorschlägen entfernt, die das Problem struktureller Armut an der Wurzel packen. Ja, man ist sogar

weit davon entfernt, sich die realen Alltagsprobleme jener Millionen Menschen überhaupt vorstellen zu können, die jeden Tag sehen müssen, wie sie zurechtkommen und wie sich mit unzureichenden finanziellen Mitteln und anderen Defiziten, aus dem chronischen Mangel an allem ein Leben zusammenbasteln lässt. Eventuelle „gut gemeinte“ Kommentare linker Intellektueller dazu wirken oft gestelzt, abstrakt und distanziert und erinnern irgendwie an widerwilliges Anfassen von etwas Ekligem mit heruntergezogenen Mundwinkeln und spitzen Fingern.

Statt mit sozial benachteiligten Menschen befasst man sich dann doch lieber mit den in eigenen „moralisch coolen“ Kreisen populären „Nebenwidersprüchen“ (wie Karl Marx es nannte) wie Rassismus, Sexismus und Diskriminierung geschlechtsspezifischer Minderheiten. Diese Themen sind ohne Zweifel immens wichtig. Ihre Herausstellung bleibt aber bloße Heuchelei, wenn der Klassismus, durch den im Gegensatz zu den Nebenwidersprüchen viele Tausend Menschen vorzeitig zu Tode kommen, nicht den ersten Rang im Engagement bekommt.

So diskutiert man hier gerne, laut und enthusiastisch, empört sich bräsig auf vertrautem Niveau der eigenen Blase, ändert klassische Erzählungen von Astrid Lindgren, Otfried Preußler und anderen in der Wortwahl, schleift Denkmäler, mobbt in Shitstorms bekannte Personen für eine „politisch inkorrekte“ Äußerung, übertünscht Sinnsprüche an Universitätsgebäuden, schreit konservative Professoren von der Bühne und steigert sich in andere Seltsamkeiten des eigenen Unvermögens, Solidarität jenseits von übernommenen, vorgegebenen Wertungen zu definieren.

Dabei erfährt man viel verbale Unterstützung vonseiten der herrschenden Strukturen, denn für die Kämpfe gegen die Lieblings-Ismen der Nebenwidersprüche sind keine einschneidenden Änderungen des ökonomischen Ordnungsrahmens nötig. Warum sollte man sich unter Linksliberalen um mehr kümmern, wenn auch

mit rein verbalen Reformen wie der autoritären Einführung des Gender-Sprechs die selbstgesteckten Ziele in puncto Solidarität erfüllt sind?

Klassismus tötet

Klassismus wirkt sich aber vor allem auf die Gesundheit und die Sterbewahrscheinlichkeit vieler unserer Mitbürger aus. Menschen mit geringem Einkommen sterben deutlich früher als solche mit hohem Einkommen. Auf der Website des Robert Koch-Instituts (RKI) findet sich mit Datum März 2019 eine **ausführliche Studie dazu** (https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/JoHM_01_2019_Soz_Unterschiede_Mortalitaet.pdf?__blob=publicationFile).

Auszug:

„*Nach Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) der Jahre 1992 bis 2016 sterben 13 Prozent der Frauen und 27 Prozent der Männer aus der niedrigsten Einkommensgruppe bereits vor Vollendung des 65. Lebensjahres, während dies in der höchsten Einkommensgruppe lediglich auf 8 Prozent der Frauen und 14 Prozent der Männer zutrifft. Bezogen auf die mittlere Lebenserwartung bei Geburt beträgt die Differenz zwischen der niedrigsten und höchsten Einkommensgruppe bei Frauen 4,4 Jahre und bei Männern 8,6 Jahre. Auch in der ferneren Lebenserwartung im Alter von 65 Jahren bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Einkommensgruppen. (...) Die Ergebnisse der Trendanalysen sprechen dafür, dass die sozialen Unterschiede in der Lebenserwartung über die letzten 25 Jahre relativ stabil geblieben sind.*“

Die lebensverkürzenden Mechanismen des Klassismus sind unterschiedlich und vielfältig. Wie die Kombination aus

dauerhaftem Geldmangel, schlechter Bildung, unzureichender Gesundheitspflege und fehlender Unterstützung zusammenwirkt, wie sie oft eine Abwärtsspirale in Gang setzt und letztendlich auch verfrüht und verstärkt zu Krankheiten, deren Verschlimmerung und zum vorzeitigen Tod führt, muss hier nicht genauer untersucht werden. Welche Maßnahmen hier getroffen werden müssten, ist eigentlich seit Jahrzehnten offensichtlich. Ernst zu nehmende Sozialpolitiker und Sozialwissenschaftler haben oft genug darauf hingewiesen.

Auch weitergehende Ansätze zur entsprechenden Reform des wirtschaftspolitischen Rahmenwerks zur permanenten Verbannung von Armut bieten sich jenseits der Denkgrenzen neoliberalistischen Kadavergehorsams an. Doch sämtliche Regierungen der vergangenen Jahrzehnte haben trotzdem nichts zur nachhaltigen Überbrückung der Kluft zwischen Arm und Reich unternommen.

Wenn derzeit besonders die Politiker von CDU und SPD ihre Coronapolitik mit der Behauptung rechtfertigen, ältere Menschen vor dem Tod durch COVID-19 schützen zu wollen, so hat dies in Zusammenhang mit Klassismus eine ganz besonders pikante Note.

Altersarmut ist in der Regel eine Folge von politischer Altersdiskriminierung, und diese kommt meist in einer Mehrfachdiskriminierung mit Klassismus vor.

Seit vielen Jahren schon läuft in Deutschland die Diskussion darüber, dass für immer mehr Menschen in Deutschland die Rente nicht mehr zum Leben ausreicht, und trotzdem unternimmt keine Regierung konsequente Maßnahmen zur Sicherung eines menschenwürdigen finanziellen Mindestbedarfs, funktionierender sozialer Teilhabe und des Grundstocks übriger Daseinsvorsorge.

Dabei wäre das Problem mit entsprechenden mutigen Gesetzen ein für allemal aus der Welt zu schaffen. So aber müssen alte Menschen

mit dauerhaft schmaler Rente in einer permanenten Notsituation leben, die sie an Körper und Seele krank macht und wesentlich früher sterben lässt. Und jetzt spielen sich die gleichen Politiker in der Corona-Sache als deren Beschützer auf und fordern „Solidarität“. Denken sie dabei vielleicht nur an die wohlhabenden Alten unter ihrer Wählerschaft, bei denen das Virus, trotz des vorhandenen Geldes, keinen Unterschied macht?

Die Standardmedien überdies offenbaren hier wie dort, ob Coronapolitik oder Klassismus, die gleiche moralische Fragwürdigkeit. Ob Kollateralschäden der Maßnahmen oder Altersarmut, ob schlimme Konsequenzen hier oder dort, Hauptsache: die Regierung in Schutz nehmen. Es kommt nur die immer gleiche Strategie wie gegenüber allen Missständen. Wenn überhaupt: benennen, mit Krokodilstränen beklagen, damit Willigkeit und Kompetenz suggerieren, die eigene Machtlosigkeit oder die der Politik erklären und Tatenlosigkeit indirekt begründen — fertig!

Die Altersdiskriminierung in Deutschland als Teil der Diskriminierung sozial und finanziell benachteiligter Bevölkerungsteile führt, so viel steht fest, in dieser Bevölkerungsgruppe zu einem Vielfachen an vorzeitigen Todesfällen gegenüber den kühnsten Behauptungen zu potenziellen Corona-Geretteten und zum wohl Hundertfachen an verlorener Lebenszeit.

Was der chronische Geldmangel, die schlechte Ausbildung, die Verwehrung echter Chancen und die brutalen Einflüsse des Konsumismus auf jüngere Menschen, auf betroffene Familien, auf die Erwachsenen, die Jugendlichen und die Kinder bewirken, wissen wir als Gesellschaft ebenfalls schon lange. Es ist zum Heulen, was für eine gesellschaftliche Verschwendung die strukturelle Marginalisierung unzähliger, potenziell im Volk verborgener Talente doch bedeutet, die sich unter klassistischen Bedingungen zeit ihres Lebens leider nicht entfalten können.

135.000 Todesopfer jährlich

Doch wie viele vorzeitige Todesfälle werden in Deutschland durch klassistische Faktoren, also durch den Unterschied zwischen Arm und Reich, denn definitiv verursacht? Auch diese Frage ist bisher nicht ausführlich erforscht worden. Es liegen nicht viel mehr als statistische Datensammlungen vor, aus denen auch der obige RKI-Report zusammengestellt ist. Doch es lassen sich daraus durchaus grobe realistische Zahlen ableiten, die alarmierend sind.

Die genannte Auffälligkeit in der Sterbewahrscheinlichkeit zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe, soweit lässt es sich präzisieren, ist wohl bereits zwischen den untersten Einkommensgruppen und nahezu allen anderen zu verorten. Die gedachte Kurve der Lebenserwartung also steigt nicht von sehr arm bis hin zu sehr reich gleichmäßig an, sondern der deutliche Anstieg endet bereits weitgehend im Bereich des **Durchschnittseinkommens** (https://de.statista.com/themen/293/durchschnittseinkommen/), um dann waagerecht zu verlaufen. Zwischen den mittleren und den höchsten Einkommen besteht bei der Lebenserwartung kein wesentlicher Unterschied mehr.

Mit über 4.000,- Euro brutto monatlich also lebt man wohl nur unwesentlich weniger lange als mit über 10.000,- Euro, weil man sich die ähnliche bessere Gesundheitsvorsorge und höhere Ernährungsqualität leisten kann. Der auffällige Knick in der Lebenserwartungskurve muss vielmehr schon bei bedeutend geringeren Einkommen liegen.

Zur Berechnung der vorzeitigen Todesfälle durch Klassismus lassen sich nun zwei Zahlen aufstellen:

Die erste ergibt sich aus dem Mittel der Angaben zur verminderten

Lebenserwartung für Frauen und Männer im oben genannten RKI-Report. Betont konservativ angenommen, liegt dieses bei etwa 6 Jahren.

Die zweite, die Betroffenen-Zahl, lässt sich als Mittelwert der Angaben zweier anderer Quellen bilden: Laut Angaben der **Hans-Böckler-Stiftung** (https://www.boeckler.de/pdf/impuls_2006_01_1.pdf) gelten für das Jahr 2006 um die 8,5 Millionen Menschen in Deutschland offiziell als arm. Diese Zahl ist älter und wird heute eher höher liegen. Laut der **Statistik für 2016** (https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61763/einkommensgruppen) wiederum gehören rund 20 Millionen Deutsche zu jener untersten Einkommensgruppe, in welcher man nur über ein Einkommen von unter 70 Prozent des Medians (mittleres Einkommen) verfügt — der Median hier wäre 1.869 Euro netto, mal 0,7 ergibt rund 1.300 Euro —, also ein Nettoeinkommen von unter 1.300 Euro monatlich hat. Die offizielle Armutsgefährdungsgrenze liegt bei 60 Prozent des Medians, also bei gut 1.120 Euro.

Daraus ergibt sich die wiederum sehr konservativ gehaltene Aussage, dass 10 Millionen Menschen in Deutschland 6 Jahre kürzer leben, weil sie arm sind. Statt 80 Jahre werden sie durchschnittlich nur 74 Jahre alt.

Verteilt man die 10 Millionen vorzeitige Todesfälle auf diese 74 Jahre, so ergibt sich für Deutschland die Untergrenze von mindestens 135.000 Menschen pro Jahr, die durch fehlende politische Maßnahmen zur Überwindung des Unterschieds in der Lebensqualität zwischen Arm und Reich früher sterben müssen. Darüber hinaus könnte hier auch die Zahl der verlorenen Lebensjahre von Interesse sein, da diese Todesfälle ja deutlich unterhalb der durchschnittlichen Lebenserwartung zu verzeichnen sind und nicht darüber, wie beim Durchschnitt der offiziellen

„AnUndImZusammenhangMitCOVID19“-Verstorbenen. Die Zahl verlorener Lebensjahre durch Armut liegt demnach bei über 810.000 pro Jahr (135.000 x 6).

Allein diese Zahl von mindestens 135.000 zu Tode diskriminierten Menschen pro Jahr lässt die Solidaritätsaufrufe der Politik und der Standardmedien als infame Heuchelei-Kampagne erscheinen. Welche Zahlen an „Geretteten“ durch die Lockdowns und die Coronamaßnahmen könnte man sich als Rechtfertigung denn auf die Fahnen schreiben? Wieviele vorzeitige Todesfälle konnte das Coronaregime denn vereiteln? Hierzu gibt es keinerlei Zahlen, lediglich unwissenschaftliche Fantasien wie etwa die Lügengeschichte, dass die im Frühjahr 2020 aufgestellte Horrorvision von möglicherweise über 1 Million Toten in Deutschland nicht eingetreten sei, weil die Maßnahmen beschlossen wurden.

Dass aber in Staaten ohne Lockdowns, wie etwa in **Schweden** (https://www.youtube.com/watch?v=nEPiOEkkWzg), in bestimmten **US-Bundesstaaten** (https://www.aier.org/article/the-lockdown-paradigm-is-collapsing/) oder **anderen Ländern** (https://www.cebm.net/covid-19/excess-mortality-across-countries-in-2020/), keinerlei erhöhte COVID-19-Todesraten erkennbar sind, deutet eher auf die traurige Erkenntnis hin, dass die Geretteten-Zahlen vernachlässigbar klein sind und die Lockdowns in dieser Hinsicht sinnlos waren.

Globaler Klassismus — noch weit verheerender

Doch die Betrachtung der Opfer des in Deutschland und von Deutschland praktizierten Klassismus ist noch nicht vollständig.

Ebenso wie in Deutschland und vergleichbaren Staaten eine Kluft zwischen armer und reicher Bevölkerung besteht, gibt es weltweit eine Kluft zwischen armen und reichen Ländern. Es ist eine Analogie, die nicht zufällig ist, und — auch wenn man das Gegenteil beschwört — sie wird, hier wie dort, durch gezielte Unterlassung aufrechterhalten. Die Gründe für beide Zustände sind ebenfalls ähnlich: Die Reichen brauchen die Armen, um ihnen eventuell verwertbares Eigentum zu rauben, um deren Arbeitskraft in ihren Dienst zu stellen, als Absatzmarkt für ihre Produkte, als Schuldner, die dauerhaft Zinszahlungen leisten, als dumm gehaltene Wähler, die nützliche Marionetten in Regierungsämtern legitimieren, und ihren Lebensraum oder sie selbst als Deponie aller Abfälle im weitesten, auch konsumistischen Sinne.

> ***Im Grunde ist der westliche materielle Lebensstandard ausschließlich deshalb möglich, weil die Ausbeutung ärmerer Länder, neben der Ausbeutung der Zukunft in Form von Beschädigungen zukünftiger Lebensvoraussetzungen, auf vielfältigste Art und Weise legal und systematisch von bestimmten Institutionen und Leuten betrieben wird.***

Nahezu alle Ursachen für körperliches und seelisches Leid der Menschen in diesen Ländern resultieren mindestens mittelbar aus genau jenen Strukturen und Verhältnissen vor Ort und aus jener ganzen Palette von Abhängigkeiten, die den westlichen Industriestaaten finanzielle und rohstoffpolitische Vorteile bringen. Und so ist auch das reiche Deutschland, ob direkt oder indirekt, für den vorzeitigen Tod von etlichen Millionen Menschen in anderen Regionen der Welt mitverantwortlich.

Die immer wieder vorgetragene Entschuldigung unserer Politiker, daran könne ein Land wie Deutschland alleine nichts ändern, ist und bleibt eine große Lüge und wird immer nur von jenen Politikern in den Mund genommen, deren Klientel von diesem Missstand am

meisten profitiert. Mit entsprechenden Maßnahmen ließe sich unsere gesamte gesellschaftliche Routine in Deutschland auch völlig ohne die Diskriminierung ärmerer Länder organisieren. Unsere Konsumpalette würde sich dadurch nur neu orientieren. Viele Produkte würden sich verändern, etliche würden teurer oder verschwänden ganz von der Bildfläche.

Leider jedoch hat auch in diesem Zusammenhang das Messen mit zweierlei Maß und das Abstreiten jeder Verantwortlichkeit, in Deutschland wie auch in jedem anderen westlichen Land, große Tradition. Ob beim nationalen oder internationalen Klassismus, ob in armen Bevölkerungsschichten in Deutschland oder in armen Ländern der Welt: Das Sterben wird geduldet, weil letztendlich jemand an mittelbaren Effekten der Vorgeschichte verdient beziehungsweise weil Maßnahmen gegen das Sterben die Profiterwartungen von jemand anderem schmälern würden.

Wie man in Deutschland an seiner Armut stirbt, ist bekannt. In den armen Staaten der Welt stirbt man noch wegen anderer Kriterien, wie allgemeinem Mangel an sauberem Trinkwasser und Nahrungsmitteln, an katastrophalen Wohn- und Lebensbedingungen, zerstörten und vergifteten Lebensgrundlagen, fehlender medizinischer Grundversorgung, prekären Erwerbs- und Selbsthilfemöglichkeiten und an von oben und außen gesteuerter Gewalt und Repression.

Aber verzichten wir an dieser Stelle auf die Schilderung der genauen Zusammenhänge und versuchen wir, auch hier einige Zahlen zu nennen. Leider fand ich keine wissenschaftlichen Untersuchungen dazu, wie genau neokolonialistische Zustände in den ausgebeuteten Ländern der Erde zu vorzeitigen Todesfällen führen, welche Opferzahlen zu beklagen sind und inwieweit viele Millionen tragische Einzelschicksale innerhalb einer auf Solidarität statt auf Profit bedachten Staatengemeinschaft vermieden werden könnten.

Was aber den weltweiten Hunger als den folgenreichsten aller schlimmen neokolonialistischen Zustände angeht, so ist man sich bei Hilfsorganisationen und bei global forschenden Wissenschaftlern weitgehend einig: Man könnte ihn recht einfach dadurch eindämmen, dass man die Menschen in Frieden leben ließe, ihnen erlaubte, ihre Regierung frei und unbeeinflusst zu wählen, ihnen Zugang zu alltagstauglicher Bildung ermöglichte, ihnen faire Preise für ihre Produkte zahlte und dafür sorgte, dass dieses Geld nicht in den üblichen Kanälen versickert, ihnen die höchste Veredlung ihrer Produkte für den internationalen Handel ermöglichte, sie ihre Belange selbst in die Hand nehmen ließe und ihnen die dazu anfänglich notwendigen Dinge und Mittel zur Verfügung stellte.

Über eine Million Todesopfer jährlich

Doch die Realität sieht anders aus. Allein 5,6 Millionen Kinder unter fünf Jahren verhungerten **laut *Unicef*** (https://www.unicef.org/reports/progress-children-no-4) im Jahr 2006 weltweit. Der Soziologe Jean Ziegler, ehemals Sonderberichterstatter des Welternährungsprogramms für das Recht auf Nahrung und derzeit Mitglied des 18-köpfigen Beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats, sagte, es gebe **keinen objektiven Mangel** (https://taz.de/Jean-Ziegler-ueber-Hunger-in-Afrika/!5398440/) an Nahrungsmitteln auf der Welt. Das Problem sei in Wahrheit nicht die fehlende Produktion, sondern der fehlende Zugang zu den Lebensmitteln und die fehlende Kaufkraft der Ärmsten. Eine Milliarde Menschen, so Ziegler, seien auf der Welt schwerst unterernährt: „Diese Menschen sind verzweifelt, sie haben Angst vor dem nächsten Tag."

Zur offensichtlichen kommt die verborgene Unterernährung noch hinzu. Sie resultiert aus permanentem Nährstoffmangel trotz

vorhandener Mindestmengen an Kalorien. Laut Welthungerhilfe führt sie millionenfach zu **schweren Krankheiten** (https://www.welthungerhilfe.de/hunger/):

„Insbesondere Kinder können sich geistig und körperlich nicht richtig entwickeln. Das Risiko, durch Hunger zu sterben, ist hoch. Weltweit leiden zwei Milliarden Menschen an chronischem Nährstoffmangel, auch in den Industrieländern. ***Verborgener Hunger*** *(https://www.welthungerhilfe.de/informieren/themen/gesunde-ernaehrung-sichern/verborgener-hunger/) schadet nicht nur den einzelnen Menschen, sondern kann die gesamte Entwicklung in den betroffenen Regionen hemmen, weil die Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Menschen abnehmen.“*

Auch andere Gründe und andere Missstände führen zum Tod sehr vieler Menschen in armen Ländern. Infolge von Trinkwasserverschmutzung beispielsweise sterben jedes Jahr **829.000 Menschen an Durchfall** (https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/drinking-water).

Wie hoch die Gesamtdimension vorzeitiger Todesfälle allein durch den globalen Hunger ist, ist nicht eindeutig definiert. Jean Ziegler aber **spricht** (https://de.wikipedia.org/wiki/Welthunger) von 30 bis 40 Millionen Hungertoten pro Jahr (Stand 2007). Die Zahl scheint gegenüber anderen Quellen recht hoch zu sein, beinhaltet aber wohl — über die unmittelbaren Hungertoten hinaus — auch die vorzeitigen Todesfälle durch Mangelerkrankungen und andere Folgen von Hunger.

Zur Berechnung der globalen Dimension der Verantwortlichkeit von Deutschland habe ich folgende Parameter aufgestellt:

1 Um dem Vorwurf sicher zu entgehen, ich würde übertreiben, nehme ich die niedrigste Zahl aus Jean Zieglers Schätzung und reduziere sie auf die Hälfte. Demnach sterben in jedem Jahr weltweit 15 Millionen Menschen an Unterernährung.

2 Die Verantwortung dafür liegt bei allen anderen Erdenbürgern, deren Lebensstandard direkt oder indirekt von der Aufrechterhaltung des globalen Klassismus profitiert. Hier sind zunächst alle Länder mit vollständiger Bevölkerungszahl zu nennen, die man zur westlichen Welt mit kapitalistischem Wirtschaftssystem zählt.

Dazu kommen Länder, die erst seit wenigen Jahren einen steigenden Lebensstandard verzeichnen — Schwellenländer, osteuropäische Länder. Weil diese Länder bis vor wenigen Jahren aber ebenfalls als arm galten und sie am Aufbau globaler, neokolonialistischer Strukturen wenig Anteil haben und natürlich auch weil der Wohlstand dort nur einer recht kleinen Oberschicht zugute kommt, sollte man nur jeweils diese reiche Bevölkerungsgruppe in die Rechnung miteinbeziehen. Die Armen dort profitieren kaum von neokolonialistischen Wohlstandseffekten, und oftmals zählen sie sogar selbst zu den Hungernden.

Addieren wir die Bevölkerungszahlen **der 33 reichsten Ländern** (https://www.focus.de/finanzen/ueberraschung-in-der-spitzengruppe-ueberraschung-unter-den-top-10-das-sind-die-reichsten-laender-der-welt_id_11415136.html) der Erde, kommen wir auf gut 950 Millionen Menschen. Die reicheren Schichten der Schwellenländer und osteuropäischer Staaten lassen sich auf 250 Millionen schätzen. Damit kämen wir auf die Gesamtzahl von 1.200 Millionen Menschen, die von weltweiter Armut profitieren.

Wenn nun 1.200 Millionen Menschen für den Hungertod von 15 Millionen Menschen pro Jahr verantwortlich sind, entfällt auf Deutschland der Anteil in Höhe von 1,0375 Millionen Menschen (Rechnung: 15 geteilt durch 1.200 multipliziert mit 83).

Diese Zahl ist wie gesagt eine absolute Untergrenze und bezieht sich lediglich auf die Hungertoten unserer Gegenwart. Zusätzlich müssten noch eine ganze Reihe anderer Auswirkungen mit Todesfolge berücksichtigt werden, die ebenfalls aus der neokolonialistischen Beeinflussung und Schädigung ärmerer Staaten resultieren, wie Vergiftungen von Böden und natürlichen Wasservorräten infolge von Agrarchemikalien, Rohstoffabbau, Müllverklappung et cetera, Nichtbehandlung beherrschbarer Krankheiten, gesundheitsgefährdende Produktionsbedingungen für den Export, Katastrophen und Landverluste durch Klimawandel und so weiter. Hierzu gibt es aber keine Zahlen, ja, es existiert im öffentlichen Bewusstsein nicht einmal die Notwendigkeit, solche Zahlen wissenschaftlich zu ermitteln.

> ***Wie die Kriegsopfer in meinem letzten Artikel (https://www.rubikon.news/artikel/die-opfer-deutscher-kriege) sind auch die hier aufgezeigten vorzeitigen Todesfälle das Ergebnis vorsätzlich verweigerter Solidarität aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus.***

Auch hier ist die erschütternde Dimension an Verantwortungslosigkeit letztendlich relevant für den Fortbestand des Wirtschaftssystems.

Mit den in Kriegen getöteten und schwer, das heißt lebensverkürzend verletzten Menschen — vorsichtig geschätzt 200.000 pro Jahr in der Verantwortlichkeit Deutschlands — und den hier bezifferten Hungertoten kommen wir also jetzt schon auf annähernd 1,4 Millionen Menschen, welche Deutschland *in jedem Jahr* durch Handlungsverzicht sterben lässt und denen gegenüber keinerlei Absichten bestehen, Solidarität zu üben.

Doch damit ist die Gesamtsumme der jährlichen Todesopfer in der Verantwortung deutscher Politik oder, wie man heute eher sagt, die Summe der aus kalkulierter Solidaritätsverweigerung heraus

verursachten vorzeitigen Todesfälle unter „Risikogruppen“ und Bevölkerungsgruppen ohne Lobby, noch nicht erreicht.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text ist die Zusammenfassung einiger Passagen aus dem kürzlich erschienenen Buch „Hinter der Solidaritäts-Fassade — Fatale Corona- und verweigerte Zukunftspolitik — Anmerkungen zur systemrelevanten Verantwortungslosigkeit“. Ein Essay von Carl Christian Rheinländer sen. (2021, Books on Demand, 460 Seiten, 20 Euro).

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Carl Rheinländer, Jahrgang 1959, arbeitet unter anderem als freiberuflicher Sensenlehrer, Bauökologe, Baumpfleger, Bildhauer und Autor. Neben Texten für eine regelmäßige politische Kolumne in einem Regionalblatt im Hunsrück veröffentlichte er diverse Beiträge zum Thema „Merkmale eines nachhaltig/folgenlosen Wirtschaftssystems“ im Internet.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.